

# «Impfdruck ist schwer zu rechtfertigen»

Die Ethikerin Ruth Baumann-Hölzle kritisiert, dass die ethischen Dilemmata der Covid-Impfung nicht diskutiert werden.

Interview: Dorothea Alber

**Der Impfdruck steigt. Politiker brachten in den vergangenen Tagen verschiedene Vorschläge vor, um die Impfwillingkeit zu erhöhen. Wie schätzen Sie dies ein?**

Ruth Baumann-Hölzle: Druck erzeugt auch Gegendruck und ist für mich angesichts der komplexen Situation schwer zu rechtfertigen. Ungeimpfte zu kennzeichnen, wie es etwa der Präsident der Grünliberalen, Jürg Gossen, forderte, sehe ich als hochproblematisch. Es treibt die Spaltung der Gesellschaft weiter voran. Schon jetzt sehen wir in der Schweiz starke Spaltungstendenzen. Der Druck und massive Drohungen sorgen dafür, dass sich gewisse Splittergruppen radikalieren und der Extremismus weiter vorangetrieben wird. Dies fördert Gewalt. Mich stört es, dass ethische Dilemmata um das Impfen ausgeblendet werden, anstatt darüber zu diskutieren.

**Wie und worüber sollte die Gesellschaft konkret diskutieren?**

Zum Beispiel darüber, warum die Impfkommision in der Schweiz und in Deutschland unterschiedliche Positionen vertreten. Die Kommission in Deutschland empfiehlt die Impfung für Kinder nicht generell, sondern nur für Risikogruppen. In der Schweiz wird die Impfung von Kindern und Jugendlichen generell empfohlen. Es gibt ein Spannungsverhältnis in Bezug auf den Nutzen und die Risiken, doch dies wird in der Schweiz nicht thematisiert. Auch wenn die Impfung das Risiko für die Erkrankung und schwere Verläufe verhindern kann, gibt es gute Gründe, warum sich Menschen trotzdem dagegen entscheiden. In



Ruth Baumann-Hölzle kritisiert, dass zu wenig über ethische Dilemmata diskutiert wird.

Bild: pd

Anbetracht der Tatsache, dass der Impfstoff sehr schnell entwickelt wurde und wir wenig über eine längerfristige Schutzwirkung oder Langzeitfolgen wissen, ist eine Abwägung absolut legitim. Die Phase-3-Studie zum Impfstoff von Pfizer-Biontech etwa wird erst 2022 abgeschlossen sein, d. h. wir befinden uns immer noch in der Forschungsphase.

**FDP-Nationalrat Kurt Fluri regt an, dass Ungeimpfte, die sich hätten impfen können,**

**bei einer Covid-Erkrankung die Kosten selber tragen. Ist das für Sie solidarisch?**

Solidarität ist stets freiwillig. Erzwungene Solidarität ist eine Zwangsmassnahme. In einer Pandemie stellt sich die Frage, in welchen Situationen und unter welchen Bedingungen Zwang gegenüber der Bevölkerung ethisch vertretbar ist. Staatlicher Zwang ist bei Fremdgefährdung erlaubt, doch muss dabei die Fremdgefährdung verhältnismässig sein. Autofahren zum Beispiel oder der

Verkauf von Tabakwaren sind stets auch fremdgefährdend und trotzdem sind sie zugelassen.

**Die Zahl der Neuinfektionen steigt wieder. Die Frage ist, ob die Pandemie beendet werden kann, wenn die Impfquote zu niedrig ist.**

Der WHO-Generalsekretär gab vor zwei Tagen ein Statement ab, wonach die Pandemie schon lange beendet wäre, wenn die reichen Länder den armen Länder für deren Risiko-

gruppen die Impfung zur Verfügung stellen würden. Diese Aussage zeigt, dass die Meinungen bezüglich der wirksamen Massnahmen um die Pandemie zu beenden, sehr breit ist. Auch ist der Wissensstand aktuell zu gering, als dass sich Zwangsmassnahmen rechtfertigen liessen. Bevor gravierende Eingriffe in ein Grundrecht des Menschen durch einen indirekten oder direkten Impfwang verantwortbar wären, müssen zuerst alle anderen niederschweligen Möglichkeiten aus-

geschöpft werden. Die evidenzbasierte Auseinandersetzung über die Fakten und transparente ethischen Güterabwägungen kommen meiner Ansicht nach in dieser Diskussion zu kurz. Bei staatlichen Empfehlungen geht es darum, dass der Entscheidungsfindungsprozess transparent und nachvollziehbar gemacht wird und Entscheidung begründet werden.

**Denken Sie dabei an ein konkretes Beispiel?**

Das Beispiel der Impfung von Kindern und Jugendlichen bringt das Problem auf den Punkt. Oder bei der Situation in Israel wüsste man gerne mehr, wie gross zum Beispiel das Verhältnis von Geimpften und Ungeimpften ist, die ins Krankenhaus müssen.

**Könnte der Druck zum Impfen bewirken, das Vertrauen der Menschen aufs Spiel zu setzen?**

Ja, sollte die Impfung nicht die gewünschten Erfolge bringen, haben wir gesamtgesellschaftlich ein schwerwiegendes Problem. Wir sind aktuell in akuten Dilemmasituationen. Ein Dilemma kann man nie lösen, sondern nur besser oder schlechter damit umgehen. Dabei gilt es, unter Einbezug aller – gerade auch sich widersprechenden – Perspektiven gemeinsam nach einem angemessenen Handeln zu suchen. Die Kommunikation zwischen Staat und Bürgerinnen und Bürgern auf Augenhöhe ist wichtig. Für gutes Vorgehen braucht es stets unterschiedliche Positionen, die miteinander um einen Konsens ringen und sich gegenseitig als Bereicherung der eigenen Vorstellungen wahrnehmen und respektieren. Nur so bleibt der soziale Frieden längerfristig gewahrt.

## Sollen Ungeimpfte Spitalkosten selber bezahlen?

Dieser Vorschlag eines FDP-Politikers sorgt in der Schweiz für Kontroversen. In Liechtenstein sind Vertreter der Parteien einhellig dagegen.

Die Forderung des FDP-Nationalrats Kurt Fluri erregt die Gemüter. Der Solothurner fordert, dass die Krankenkassen die Spitalkosten von Ungeimpften nicht bezahlen sollen, sofern sich die Personen impfen lassen können. Fluri erhofft sich, dass dadurch die Impfbereitschaft in der Schweiz erhöht wird. «Sonst müssen wir alle ewig warten, um unsere Freiheiten zurückzubekommen», meint Kurt Fluri gegenüber dem «St. Galler Tagblatt».

In der Schweiz stösst der Vorschlag entlang des ganzen politischen Spektrums auf Ablehnung. So ist SP-Nationalrätin Sarah Wyss der Ansicht, dass Druck auf Ungeimpfte nicht zielführend sei. SVP-Nationalrat Albert Rösti warnt vor einer Zweiklassengesellschaft und wehrt sich grundsätzlich gegen Einschränkungen für Ungeimpfte. Aber auch die Liechtensteiner Politik kann dem Vor-

schlag des FDP-Nationalrats wenig abgewinnen.

**Solidarität als Teil des Krankenkassensystems**

DpL-Präsident Thomas Rehak stellt klar: «Das ist absoluter Blödsinn. So etwas ist in meinem Rechtsverständnis völlig unhaltbar.» Die Gesundheit einer Person liege weiterhin im Ermessen jedes Einzelnen. «Das ist unantastbar», unterstreicht Thomas Rehak. Darum müsse auch jede Person selbst entscheiden können, ob sie eine Impfung will. Und der Staat habe die jeweilige Entscheidung zu akzeptieren und dürfe nicht auf Ungeimpfte einen derartigen Druck ausüben.

Auch VU-Fraktions Sprecher Manfred Kaufmann stellt sich gegen den Vorschlag des Solothurner FDP-Politikers. Denn eine solche Massnahme würde «den Anschein eines Impfwanges» hervorrufen. Gleich-



Ein kontroverser Vorschlag: Sollen Krankenkassen die Spitalkosten von Ungeimpften nicht bezahlen?

Bild: Keystone

falls geht Kaufmann davon aus, dass Fluri seine Idee nicht zu Ende gedacht habe. Es würde zu einem grossen bürokratischen Aufwand führen, wenn man tatsächlich alle Ungeimpften zur Kasse bitten wollte, sofern sie eine Impfung bereits bekommen hätten können. So gelte es auch zu bedenken, dass es auch Personen gebe, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen lassen können. Somit hält der VU-Fraktions Sprecher der abschliessend fest: «Obwohl man stets darauf bedacht sein sollte, das Gesundheits- und Spitalsystem nicht zu überlasten, denke ich, dass dies Teil unseres Krankenkassensystems ist, wenn Erkrankte solidarisch von Prämienzahlern mitfinanziert werden.»

**FL-Fraktions Sprecher ist überfragt**

«Dieser Vorschlag mag im ersten Augenblick interessant

sein», erklärt die FBP-Abgeordnete Karin Zech Hoop. Dennoch sei der Vorschlag für die FBP-Abgeordnete «nicht akzeptabel.» Denn bei näherer Betrachtung zeige sich, dass dadurch das Solidaritätsprinzip in Frage gestellt werde, «welches auch bei anderen Impfungen zum Tragen kommt», so Karin Zech-Hoop. So könne auch eine ungeimpfte Person verantwortungsvoll agieren, indem sie sich an entsprechende Schutzmassnahmen halte. Zentral ist für Zech-Hoop, dass andere Patienten wegen Ungeimpften nicht zu Schaden kommen, «indem zum Beispiel Operationen verschoben werden.»

Überfragt in dieser Angelegenheit ist der FL-Fraktions Sprecher Patrick Risch. «Zu dieser Frage muss ich mir länger Gedanken machen. Dazu habe ich momentan keine Antwort parat», erklärt Patrick Risch auf Anfrage. (equ)